

**MDR Sachsen –  
Sachsen-Politik-Podcast**

Freitag, 28. Februar 2025

Thema: Europa vor der Wahl – Abschreckung  
oder russisches Protektorat

**Uta Deckow, Moderatorin**

MDR Sachsen – Das Sachsenradio

**Georg Milbradt, Gast**

Ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen, Uk-  
raine-Beauftragter der Bundesregierung

**Georg Milbradt**

*Ich habe mich bemüht, die Finanzen in Ord-  
nung zu halten und insoweit für den weiteren  
Aufbau eine solide Basis zu geben. Das war  
nicht immer ganz einfach. Es hat auch Streit  
gegeben, auch unter uns.*

*Wir sind daran interessiert, dass sehr viel Bier  
in Sachsen gebraut und getrunken wird. Je  
mehr das getan wird, umso besser geht es mir  
mit meinem Haushalt.*

*Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich  
nehme die Wahl an.*

*Dankbarkeit ist keine politische Kategorie, sagt  
zurecht unser Ministerpräsident. Wahlen wer-  
den nicht mit Verweis auf die Erfolge der Ver-  
gangenheit gewonnen, sondern nur mit einem  
klaren Programm Profil und Personen für die  
Zukunft.*

**Uta Deckow**

Georg Milbradt, Finanzdezernent in Münster,  
von 1990 an Finanzminister in Sachsen, in der  
Biedenkopf Regierung. Von 2002 bis 2008 Mi-  
nisterpräsident im Freistaat und heute im Un-  
ruhestand. Und das mit 80 Jahren. Immer noch  
unterwegs in Wissenschaft, aber auch als Ukra-  
ine-Beauftragter der Bundesregierung. Auch  
darüber wollen wir reden.

Willkommen zu diesem Extra unsres Sachsen-  
Politik-Podcasts und Willkommen Georg Mil-  
bradt.

**Georg Milbradt**

Guten Tag.

**Uta Deckow**

Sie haben am Sonntag 80. Geburtstag gehabt,  
am Tag der vorgezogenen Bundestagswahl.  
Wie haben Sie denn da gefeiert, ab 18 Uhr mit  
Blick auf die Hochrechnungen und das Fernse-  
hen?

**Georg Milbradt**

Nein, ich habe an dem Tag überhaupt nicht ge-  
feiert. Ich hatte davor gefeiert, weil mein Sohn  
aus Amerika dienstlich nach Deutschland  
musste. Dann habe ich den aus England auch  
dazugenommen. Und da haben wir also paar  
Tage vorher gefeiert. Und an dem Sonntag wa-  
ren die alle schon wieder weg, bei ihren Fami-  
lien. Ich machen das normalerweise, mein Ge-  
burtstag feiere ich im Sommer da, das ist viel  
schöner als im kalten Februar. Deswegen wird  
die eigentliche Feier, die der Familie, erst im  
Sommer stattfinden.

**Uta Deckow**

Sie sind ja CDU-Mitglied. Sie hatten im Vorfeld  
gesagt, sie wünschen sich eine stabile Regie-  
rung unter Unionsführung. Nun reicht es für  
zwei: schwarz-rot. Ist Ihr Wunsch damit erfüllt?

**Georg Milbradt**

Ja, zunächst einmal, was die Kombination an-  
geht. Zwei ist besser als drei, vier oder fünf  
Partner, das ist schon richtig. Die Frage wird  
sein, ob die jetzt zusammenkommende Sozial-  
demokraten zusammen mit der der Union ein  
gemeinsames Programm finden, was also ein  
wirkliches Reformprogramm ist. Die alte Ampel  
hatte ja schon ein Fortschrittsprogramm. Aber  
wir müssen das Land in vieler Hinsicht verän-  
dern, neu aufstellen. Und die Frage wird sein,  
ob es gelingt. Wenn das nicht gelingt, ist dann  
immer der kleinste gemeinsame Nenner, es  
bleibt so, wie es ist. Das wäre aber die schlech-  
teste Lösung für unser Land und auch für un-  
sere Demokratie.

**Uta Deckow**

Markus Söder hat gesagt, das ist die letzte Pa-  
trone für die Demokratie. Sehen Sie es auch?

**Georg Milbradt**

Ob es die letzte, ist weiß ich nicht. Aber es ist  
zumindest klar, dass, wenn die traditionellen

Parteien, die auch die Bundesrepublik und auch nach 1990 im Osten die Politik getragen haben, nicht in der Lage sind, das Land weiter zu regieren, die Probleme zu lösen, dann haben wir eine neue Republik. Und das kündigt sich ja mit dem Aufstieg der AfD an. Aber genauso kritisch sehe ich die Linkspartei oder das Bündnis Sahra Wagenknecht. Alles drei Populisten, die am Rand fischen und von denen ich nicht auch davon ausgehe, dass sie wirklich die Probleme lösen können oder vielleicht auch nicht lösen wollen.

#### **Uta Deckow**

Friedrich Merz hat ja das Ziel ausgegeben, bis Ostern eine Regierung zu bilden, mit der SPD zusammen. Schwarz-rot hat ja eigentlich schon eine gewisse Tradition. Glauben Sie, dass das basierend darauf jetzt einfacher wird? Oder haben beide Parteien sich so auseinanderentwickelt, dass trotz des Drucks, der durch die internationale Lage entsteht, das schwieriger wird, als man jetzt vielleicht denkt?

#### **Georg Milbradt**

Also ich glaube, dass allen in Deutschland klar ist, dass sich die Situation in Deutschland und die Situation auch in Europa so grundlegend geändert hat – nicht zuletzt durch die Wahl von Trump in Amerika – dass man schneller Entscheidungen treffen muss. Und für Europa ist Deutschland nun unentbehrlich. Wir sind nach wie vor die größte Wirtschaftsnation. Wir haben die meiste Bevölkerung und europäische Lösungen gehen nur mit Deutschland. Und ich würde noch hinzufügen, auch angesichts der Situation in unseren Nachbarländern, nur mit einer gewissen deutschen Führung, die wir so nicht gewohnt waren. Wir sind immer hinterhergetrottet, aber ich glaube, die Zukunft wird sein, dass Deutschland Verantwortung auch in der Führung Europas übernehmen muss.

#### **Uta Deckow**

Blicken wir trotzdem noch einmal, bevor wir auf die Situation in der Ukraine kommen, noch mal auf Sachsen insbesondere. Ostdeutschland, nicht nur Sachsen ist blau. In Sachsen hat die AfD mehr als 37 % geholt. Friedrich Merz

hat gesagt, das bereite ihm Sorge. Sachsen war eigentlich lange Jahre Schwarz, CDU-Alleinregierungen in den ersten Jahren. Jetzt hat die AfD bis auf eines alle Direktmandate geholt. Wie erklären Sie sich das?

#### **Georg Milbradt**

Nach der Wende war die CDU eine Partei der breiten Mitte und vor allen Dingen auch der arbeitenden Bevölkerung. Über 50 % dieser Gruppe, die auch staatstragend ist, hat die CDU gewählt. Die Arbeiter, wenn man das mal so verkürzt, haben wir zum Teil verloren. Die SPD hat sie nie bekommen. Und jetzt wissen wir ja aufgrund der Wahlanalysen des über 50 % bei der AfD sind fast. Was ein Indiz dafür ist, dass die traditionellen Parteien offensichtlich diese wichtige Wählerschicht nicht mehr erreichen, weil sie offensichtlich nicht die Probleme, die diese Leute gelöst sehen, erkennen oder lösen wollen. Und das ist, glaube ich, das Hauptproblem. Wenn die Politiker nicht die Probleme lösen und zwar die subjektiven Probleme, nicht nur die objektiven Probleme, sondern die Probleme, die Menschen selber befürchten, die sie umtreiben, dann werden sich die Probleme neue Politiker suchen. Und wie sie dann gelöst werden, ist eine andere Frage. Aber es ist auf jeden Fall die falsche Lösung.

Deswegen sind die, die jetzt gewählt worden sind, im Grunde genommen dazu verdammt, nun auch wirklich Lösungen zu bringen und nicht einen Streit weiterzuführen. Denn das Ende ist ja absehbar: Gelingt es dieser Koalition nicht, diese Probleme zu lösen, dann werden die Wahlen 2029 oder wenn die Koalition möglicherweise auch schon früher auseinanderbricht, auch schon früher, werden die Ränder noch weiter gestärkt. Und dann droht irgendwann mal auch eine gewisse Unregierbarkeit des Landes.

#### **Uta Deckow**

Sie haben jetzt gesagt, wir haben gerade die Arbeiterschaft verloren. Die SPD hat sie nicht bekommen, eben auch in Sachsen nicht, obwohl man hier wirklich diese Ausgangsbasis hatte, einer schwarzen Alleinregierung. Ist es

jetzt nur der bundespolitischen Situation geschuldet? Oder sind da tatsächlich auch in Sachsen über die Jahre – es ist ja ein schlechterer Prozess gewesen – Dinge falsch gemacht wurden?

### **Georg Milbradt**

Also die Tendenz ist von unterschiedlichem Niveau, natürlich in allen Ländern sowohl Ost wie West zu sehen. Und man kann sie auch international sehen. Die sozialistischen Parteien, der traditionellen Arbeiterparteien sind von ganz wenigen Ausnahmen geschrumpft oder existieren faktisch nicht mehr. Das ist sozusagen kein sächsisches Problem alleine. Aber es zeigt, dass man nicht nur mit Rückgriff auf die Tradition die Menschen ansprechen kann.

Viele Probleme zum Beispiel der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, sind hier gelöst, wofür die Leute früher auf die Straße gegangen sind. Diese Probleme sind gelöst, aber neue sind dazugekommen. Die Welt bleibt ja nicht stehen. Um man kann nicht mit dem Verweis, man hätte ja in der Vergangenheit die richtige Entscheidung getroffen, die richtige Politik machen. Diese Methoden auch in Zukunft weiter anwenden, wenn sich die Umstände verändert haben. Das heißt, die Politik muss sich verändern und muss sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Und das ist offensichtlich nicht in Ausreichendem Maße gelungen.

### **Uta Deckow**

Wo sehen Sie die größten Versäumnisse?

### **Georg Milbradt**

Das eine ist alles, was mit dem Thema Globalisierung zu tun hat. Das ist zum einen das Thema Migration. Deutschland und in gewisser Weise auch andere europäische Länder sind die einzigen auf der Welt, in der Migration nicht gesteuert wird. Die klassischen Einwandererländer also zum Beispiel USA, Kanada oder auch Australien, haben von Anfang an immer gesteuert. Sie haben sich die Leute ausgesucht, die in das Land kommen, um nicht die Probleme im Lande zu vergrößern, sondern zu verbessern.

Also zum Beispiel die Politik in Kanada, was ich gut kenne durch meine Tätigkeit dort, war immer die, die Einwanderer müssen ein höheres Bildungsniveau haben als die einheimische Bevölkerung, damit nicht die einheimische Bevölkerung was von der Einwanderung hat, nämlich indem überproportional die Einwanderer, zum Wirtschaftswachstum und zum Erfolg des Landes beitragen. In gewisser Weise tun das die Amerikaner bei der legalen Migration auch, nur wir tun das nicht und sind nicht in der Lage humanitäre Migration, also Armutsmigration und eben gezielte Einwanderung in den Arbeitsmarkt, also demografische Migration, irgendwie zu steuern oder überhaupt noch auseinanderzuhalten. Das ist sicherlich ein Punkt.

Der zweite ist dadurch, dass wir immer stärker international geworden sind, in Deutschland – schauen wir die Wirtschaft an – wir sind das Land mit dem höchsten Anteil an Exporten. Und wir hängen also von dem, was in dem Rest der Welt passiert, ab. Und deswegen müssen wir auch darauf gucken. Wir haben lange Zeit, da sage ich auch mehr Kohl, in den 90er-Jahren haben wir gesagt Aufbau Ost ist wichtig und haben zum Beispiel den Aufstieg Chinas mehr so gesehen: naja, ein neuer Kunde, bessere Geschäfte. Dass damit auch andere Probleme verbunden sind, das nämlich ein Land wie China, die Wirtschaft auch politisch gebraucht, um eine andere Stellung auf der Welt zu bekommen, haben wir nicht gesehen.

Das andere ist zum Beispiel auch die Fehleinschätzung in Russland. Auf der anderen Seite haben die Leute aber gemerkt, zum Beispiel in der Lausitz, ja das Dorf wird leere. Die Infrastruktur zieht sich zurück, weil weniger Menschen da sind, braucht mal weniger, oder bestimmte Dinge rechnen sich nicht mehr. Und man hat das offensichtlich nicht richtig erklären können. Ich erinnere mich noch an die Diskussion, die zu Biedenkopfs Zeiten begann, die ich auch fortgesetzt habe, nämlich: Demografie in Sachsen. Was bedeutet das? Wie können wir das Steuern im Sinne jetzt auch, wie können wir die Services, die Dienste für die Bevölkerung aufrechterhalten? Sicherlich nicht, in

dem alles eins zu eins so bleibt und sich nichts die umstrukturiert. Ob nun im Gesundheitssystem, ob in anderen Bereichen. Diese Diskussion ist ja nun nach meinem Ausscheiden versendet, und man hat sich anderen Themen zugewandt. Aber dieses Thema war ja offensichtlich, musste sich ja nur die Bevölkerungsstruktur ansehen. Und jetzt erwischt es uns mit voller Macht.

Hinzu kommt, dass sich aufgrund einer, naja, bequemen Wirtschaftspolitik, die nicht immer wieder an der Spitze von Innovation und Fortschritt stehen wird und man zufrieden ist mit dem, dass wir im Augenblick ganz gut verkaufen, hat sich unsere Position in der Welt verändert. Wir sind eben nicht mehr in der ersten Liga, sondern mittlerweile in der zweiten Liga und möglicherweise steigen wir auch in die dritte Liga ab. Und das hat natürlich Konsequenzen.

10:48

#### **Uta Deckow**

Da gilt es also gegenzusteuern. Im Wahlkampf hat Friedrich Merz mehrfach gesagt – also, er ist mehrfach angesprochen worden, wie er denn alle seine Vorhaben aus dem Programm finanzieren will. Insbesondere der Noch-Kanzler, aber auch der Vizekanzler Habeck sagten, eine Unterstützung der Ukraine, Ausbau der Bundeswehr, ohne eine Veränderung der Schuldenbremse, das sei nicht machbar. Jedenfalls nicht, wenn man nicht die Bevölkerung in Deutschland dafür – die Renten etc. – verschlechtern will, die Situation.

Nun scheint Merz doch zu erwägen, mit dem alten Bundestag da noch Lösungen hinzubekommen, weil im neuen es keine Zweidrittelmehrheit mehr gibt. Keine sichere angesichts der Mehrheitsverhältnisse. Jetzt hieß es, er wolle die Schuldenbremse nicht reformieren, mit dem alten Bundestag. Aber diskutiert wird wohl noch einen Sonderfonds zu machen für die Bundeswehr. Was würden Sie empfehlen?

#### **Georg Milbradt**

Die Herausforderung, die jetzt durch die unterlassenen Militärausgaben der Vergangenheit

entstanden sind, die sogenannte Friedensdividende, die ja im Sozialstaat dann ihren Niederschlag gefunden hat, die muss man korrigieren. Wenn man sich die Ausgangszeit 1990 ansieht, da kann man ziemlich genau sehen, dass der Sozialetat überproportional gestiegen ist, und der Militäretat hat es finanziert. Das kriegen wir nicht wieder rückgängig oder allenfalls auf Dauer.

Deswegen ist die erste Frage, wir müssen neue Prioritäten stellen. Und natürlich heißt Priorität – wir müssen verzichten – wir haben neue Herausforderungen und es kann alles beim Alten bleiben. Die nicht. Im Übrigen ist auch die Verschuldung allenfalls eine temporäre Lösung. Was die wenigsten übersehen ist, wenn ich also in Großmaß Verschuldung mache – das haben wir ja bei Corona gemerkt – dann steigt die Nachfrage. Aber das Problem in Europa ist nicht die mangelnde Nachfrage, sondern mangelndes Angebot.

Demografie, Lieferketten und ähnliches: wird auf ein vermindertes Angebot geguckt, kommt eine höhere Nachfrage. Ein Teil der Inflation hat mit der Energiepolitik in Russland nämlich gar nichts zu tun, sondern die ist selbstgemacht. Und das große Problem ist, dass wir, wenn wir auf diesem Verschuldungsweg weitergehen, wird die gegenwärtige Generation dies über Inflation bezahlen. Und ich habe nur im Studium schon gelernt: Inflation ist die ungerechteste aller Steuern.

Also entweder muss man im Staatsetat umschichten und ein Teil von Wünschen ist nicht mehr erfüllbar. Und das zweite ist, wenn es eben nicht reicht, müssen die Steuern erhöht werden. Und zwar auf eine Art und Weise, die die Menschen als gerecht empfinden. Wenn man alles ausschließt, wenn man nicht zu einer Lösung kommt. Und klar ist, in einer Gesellschaft wie der unsrigen sind wir ja nicht im Schlaraffenland oder im Paradies. Das heißt eine Entscheidung für etwas ist immer eine Entscheidung gegen etwas. Man kann nicht sowohl als auch machen.

Das lieben Politiker, weil Willy Brandt hat gesagt: die Realität ist, dass die meisten politischen und ökonomischen Fragen heißen, entweder oder, alles steht im Wettbewerb mit allem. Und das ist eine Führungsaufgabe für die Politik. Und die Politik muss sich dieser Aufgabe stellen und nicht verweigern durch Scheinlösungen.

Jetzt zu dem konkreten Punkt. Immer wenn es um große Militärausgaben, Rüstungsausgaben, vor allen Dingen auch Kriegsausgaben geht, in der Vergangenheit, zu einem großen Teil war es eben, dass man nicht so schnell umsteuern konnte. Dann ist aber Staatsverschuldung gemacht worden. Das Ende war aber regelmäßig Inflation. Nach dem Ersten Weltkrieg, nach dem Zweiten Weltkrieg in der DDR. Wenn man mal jetzt den Umtauschkurs auch in Richtung Ostmark, Westmark sieht, ist dasselbe gewesen. Das heißt, der Staat ist in der Geschichte immer der, der wenig, am wenigsten berechenbare Schuldner, weil er eben die Möglichkeit hat, sich selber seiner Schulden zu entziehen. Im Gegensatz zum privaten Schuldner, wo notfalls der Gerichtsvollzieher kommt.

#### **Uta Deckow**

Wenn ich das jetzt übersetze, heißt es, Sie würden nicht empfehlen, jetzt noch mal einen Sonderfonds, der ja nichts anderes ist als neue Schulden, für die Bundeswehr...?

#### **Georg Milbradt**

Also ich glaube, kurzfristig wird man da nicht umhinkommen. Es wird wahrscheinlich auch einen riesigen Sonderfonds auf europäischer Ebene geben. Man wird ja die Ukraine weiter unterstützen müssen. Amerika fällt aus, kann man jetzt schon ausrechnen. D.h. eine Verdoppelung der Belastung Europas, was auch notwendig ist und sonst wird Europa Spielball der Großmächte. Die letzte Chance also, hier noch Einfluss zu nehmen. Wir werden schon genug Schulden aufnehmen, und deswegen müssen wir dann also versuchen, im Übrigen die Verschuldung zu reduzieren oder eben notfalls über Steuererhöhungen zu finanzieren.

Es ist etwas naiv und die naive Vorstellung von Trump: Wir wissen von Lenin, dass die Kapitalisten so blöd sind, dass sie den Strick verkaufen an die Revolutionäre, an dem sie anschließend aufgehängt werden. Frieden heißt klare Sicherheitsgarantien. Einfache Lösungen vor allen Dingen Lösungen, die nicht schmerzen, wird es nicht geben. Die um uns herum merken die Zeitenwende, wir wollen sie nicht wahrhaben. Ja, wenn sie es nicht machen, haben wir ein Problem, dann sind wir auf einer schiefen Ebene. Und dann ist das Ergebnis absehbar: Wir werden ein russisches Protektorat werden.

#### **Uta Deckow**

Damit sind wir schon beim Punkt. Am Montag jährt es sicher der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine. Seit 2022 dauert der Krieg. Sie sind seit 2017 als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Verwaltungsmodernisierung in der Ukraine tätig, um die Modernisierung der ukrainischen Kommunalverwaltung zu fördern. Ihr Mandat war 2022 dann noch mal verlängert wurden. Bis wann gilt es eigentlich? Und wie oft sind sie derzeit noch in der Ukraine?

#### **Georg Milbradt**

In den nächsten zwei Wochen fahre ich wieder hin. Ich bin dann wieder 14 Tage da. Es ist jetzt sehr viel unbequemer in die Ukraine zu gelangen. Früher konnte man entweder vom Prag oder von Berlin innerhalb von zweieinhalb Stunden nach Kiew kommen. Das geht nicht mehr, weil es keinen Luftverkehr, zivilen Luftverkehr über der Ukraine gibt. Man muss also mit dem Zug fahren. Es ist also sehr anstrengend, und deswegen versuche ich immer zwei Wochen zu bleiben, weil sonst die Anreisetage – wenn man richtig rechnet, sind es anderthalb bis zwei Tage – man ist dann auch ziemlich gestresst, mit 80 wird man ja auch nicht jünger, um das also in eine vernünftige Relation zu bekommen.

Ich bin also nach wie vor regelmäßig da, aber mache auch ein Teil über Videokonferenzen. Was mein Mandat angeht, ich hatte das Man-

dat ja von der Bundesregierung 2017 bekommen, im Auftrag auch der G-7-Länder. Das war im Grunde genommen auch an die Regierungszeit von Merkel gebunden. Und die neue Regierung hat mich dann wieder ernannt. Sehr zu meiner Überraschung, offensichtlich hatten sie so schnell keinen anderen, und deswegen läuft es erst einmal, bis diese Regierung zu Ende ist. Und dann wird die neue Regierung entscheidend, was sie mit mir oder mit der Aufgabe weitermachen sollen. Ich habe formal einen Vertrag bis Ende des Jahres. Es ist also alles möglich. Aber das ist jetzt nicht meine größte Sorge, was mit mir passiert, sondern was mit der Ukraine passiert.

#### **Uta Deckow**

Können Sie noch einmal kurz erklären, was eigentlich konkret hinter diesem Titel steckt, was sie da konkret machen?

#### **Georg Milbradt**

Ja, 2017 war die Ukraine wieder in große Kritik geraten, weil die notwendigen Gesetze zur Reform, die aus der Maidan-Revolution auch als Forderungen kam, nicht umgesetzt wurden. Das betraf die Reformen der Gerichte, einschließt der Staatsanwalt, die Reform der öffentlichen Betriebe, aber auch eine strategische Reform der Dezentralisierung. Nämlich von einer top-down – also von oben nach unten – organisierten Staat, zu einem Staat zu kommen, wie wir ihn kennen in Europa, der mehr von den Bürgern, also von unten aufsteigt. Das hatte die Ukraine im Mittelalter gehabt. Die hatten ja deutsche Stadtrecht, also Magdeburger Stadtrecht.

Aber in der Zarenzeit wurde das alles zentralisiert, in der Sowjetzeit erst recht. Und die Ukraine hatte nach der Unabhängigkeit, eben das sowjetische System geerbt, genauso wie es die DDR oder Polen gehabt hatte. Im Gegensatz zu Polen oder auch zur DDR wurden diese Strukturen nicht so fordert, so in einer Art revolutionären Prozess verändert. Sondern man hat das auf die längere Bank gezogen und deswegen war es immer schwieriger zu machen. Und im Bereich Dezentralisierung hatte Deutschland

gesagt, wir sind ja ein Land mit starker kommunaler Selbstverwaltung, wir übernehmen den Posten. So bin ich dann da angekommen.

Andere haben sich, zum Beispiel die Amerikaner, haben sich mehr um die Reform der Justiz gekümmert, andere um Reformen der Anti-Korruptionsbekämpfung, andere Länder oder auch schon sehr früh die Engländer und Kanadier um das ukrainische Militär. Das war damals für Deutschland ja völlig tabu, Hilfe in diesem Bereich zu machen. So, das war die Gemengelage 2017. 2019 war Poroschenko abgewählt, der neue Präsident Selenskyj kam dann, die neue Regierung in Kiew hat dann ihrerseits das Mandat weiter akzeptiert. So hat sich das immer von Wahl zu Wahl, von Regierung zu Regierung auch weiter verlängert.

Ich habe mittlerweile ja auch durch die langen Jahre in Kiew, aber nicht nur in Kiew, sondern auch im Lande Kontakte zu den Bürgermeistern, zu den Regionen, ein gutes Standing und kennen viele Leute. Und deswegen habe ich natürlich auch eine Menge von Wissen angesammelt, was man also anzapfen kann. Im Augenblick macht davon sehr stark die EU Gebrauch, die diese Dezentralisierung, diese Verwaltungsmodernisierung als Teil des EU-Beitrittsprozesse sieht. Und im Grunde genommen die Forderung, die von uns entwickelt worden sind, dann teilweise – nicht eins zu eins – übernimmt und den Ukrainern auch als Bedingungen für einen EU-Beitritt vorsetzt. Und nur, dass im Augenblick der Prozess durchaus dynamisch ist, durch die Aussicht, EU-Mitglied zu werden.

Ähnlich wie es ja auch in Polen oder überall war, dass eben die Aussicht EU-Mitglied zu werden – und dass hieß natürlich bestimmte Bedingungen zu erfüllen – ja der Auslöser eines tiefgreifenden Reformprozesses war. Und die Ukrainer haben das genauso gesehen wie die Polen. Die haben gesagt, ist doch nicht schlecht, wenn die EU uns zu etwas zwingt, wofür wir im Augenblick nicht allein in der Lage sind. Und das ist die Situation, in der ich im Augenblick in Kiew bin.



20:37

### **Uta Deckow**

Es ist aktuell ja extrem viel Bewegung drin. Diese Woche hat der UN-Sicherheitsrat einer moskaufreundlichen Ukraine-Resolution des US-Präsidenten Trump zugestimmt. Der hatte ja ursprünglich im Wahlkampf erklärt, mit Amtsantritt den Krieg dort sofort beenden zu wollen. Erst sah es so aus, als würde er das mit Putin allein regeln wollen. Diese Woche traf sich Trump dann mit Macron. Frankreichs Präsident war dann nach dem Gespräch auch optimistisch. Es gebe substanzielle Fortschritte in der Diskussion über einen Frieden in der Ukraine. Beide Staatschefs haben formuliert, sie glauben an eine baldige Feuerpause. Wie ordnen Sie denn das ein, was da gerade wirklich fast im Minutentakt geschieht?

### **Georg Milbradt**

Frieden heißt, das haben wir ja gelernt seit Minsk, aber auch schon davor, heißt: klare Sicherheitsgarantien. Einfach Waffenstillstand, kurzfristig und dann im Grunde genommen wieder anzufangen. Das war ja die Situation in Minsk, zwei, dreimal hat das Russland gemacht. Weil damals versäumt worden ist – mangels auch Machtpositionen, es waren auch Frankreich und Deutschland beteiligt an Minsk – eben eine Abschreckung für die russische Regierung zu haben. Und das ist der Hauptpunkt. Einen Waffenstillstand kann man schnell bekommen, nur hält er nicht und ist auch keine Lösung. Und die Frage ist eben, auf der einen Skala, der einen Richtung, ist: sind die Forderungen Russlands vollständiger Kapitulation?

Heißt also, es sollte eine Entnazifizierung geben, was nichts anders heißt: eine russlandfreundliche Regierung soll in Kiew sein. Zweitens, die ukrainische Armee soll verschwinden, die jetzt ungefähr – weiß ich nicht – 800.000 hat. Die soll auf 80.000, also auf ein Zehntel reduziert werden, sodass Russland es in Zukunft einfacher hat. Und es soll praktisch eine enge Anbindung an Russland sein, weg von Europa und natürlich keine Perspektive auf Nato-Mitgliedschaft. Ja, das ist dann die Lösung Weißrussland. Dann ist es nur eine Frage der Zeit,

dass die Ukraine reinkommt und weiter eingegliedert wird.

Die Lösung von der Ukraine war ja: wir sind ein neutrales Land. Ja, das Ergebnis sind russische Truppen im Land. Atomwaffen sind nach Belarus verlegt worden. Und das Territorium hat ja auch zum Angriff gegen die Ukraine gedient. So das heißt also, das ist praktisch eine vollständige Russifizierung. Die Frage, die man sich stellen muss, ist eigentlich das Ziel für Putin nur die Ukraine? Wenn man den Worten von Putin Glauben schenkt, nun, wie man früher ja auch hätte den wollten von Hitler Glauben schenken können, dann ist die Zielsetzung klar. Heißt: Amerika raus aus Europa. Zweitens ein Westeuropa, was also praktisch zu einer Art Protektorat für Russland darstellt und eben eine Vormachtstellung von Russland.

So das sind die Ziele. Und ich will, dass wir ein solches Europa nicht haben. Und deswegen geht es nicht nur um die Ukraine, sondern es geht um die Ordnung in Europa und vor allen Dingen auch um die Stellung in Europa in der Welt. Wir sind im Augenblick noch in der Lage zu entscheiden, ob wir noch Subjekts, also handelnde, in der Politik sein sollen oder ob wir nur noch Befehlsempfänger werden.

Die Diskussion läuft, in Europa hat man sich im Augenblick schon besonnen, begreift schon das Problem. Ob man die notwendigen Ressourcen und den notwendigen politischen Willen auf europäischer Ebene organisieren kann, wird man sehen. Aber ohne Deutschland geht es nicht. Das heißt also, die entscheidende Frage wird sein, wie stellt sich Deutschland? Wenn Deutschland nicht mitmacht, ist eine europäische Lösung nicht machbar. Und selbst wenn Deutschland mitmacht, wird es schwierig genug sein unter den 27 EU-Mitgliedern plus Großbritannien, die kann man ja schon wieder mitzählen, zumindest, was den Sicherheitsbereich angeht und Norwegen eine Einigung zu finden.

### **Uta Deckow**

Wir haben ja jetzt gesehen, dass in Deutsch-

land diese Situation, dass wir hier gerade Bundestagswahlen haben, dass es einen Regierungswechsel geben wird, nicht eben dazu beigetragen hat, dass Deutschland dort als Player auf europäischer Bühne überhaupt wahrnehmbar war. Und währenddessen lesen wir jetzt, dass Trump erklärt hat, er habe jetzt seinen Rohstoff Deal zwischen den USA und der Ukraine unterschrittsreif. Dort steht aber – sie haben es angesprochen – es braucht Sicherheitsgarantien, die sind darin nicht enthalten. Das hört sich doch irgendwie nach einem neuen Kolonialismus an, wo Russland und die USA sich dann versuchen, die Rohstoffe aufzuteilen. Oder wie nehmen Sie das jetzt wahr? Heißt es jetzt von Trump eine Abkehr zu Russland?

### **Georg Milbradt**

Also das erste Entscheidung, die von Trump kam, die erwartbar war, dass er sein Verhältnis zu Russland verändern, will im Sinne von Dealen. Das heißt aber im Grunde genommen unter dem Druck amerikanischer Industrieller, die haben gedacht, mit Russland kann man ja gute Geschäfte machen. Das ist ungefähr auch eine Politik, die wir lange betrieben haben und gesagt, unser Hauptaugenmerk, was ja auch stimmt, wenn man auf die Landkarte oder die Weltkugel guckt, ist der Indopazifik. Wir müssen sehen, dass wir nicht von China überrollt werden. Und da müssen wir dafür sorgen, dass die Russen nicht auf der chinesischen Seite stehen. Und den müssen wir was bieten. Im Grunde genommen verkaufen wir Europa, dann sind die Russen sichergestellt. Das ist etwas vereinfacht, das ist naiv.

Und die naive Vorstellung von Trump, wir nehmen vom Deal recht. Es heißt, wir können also gute Geschäfte machen, einschließlich er selber und seine engere Umgebung, die ja da ordentlich mit kassieren. Nur wir wissen von Lenin, dass die Kapitalisten so blöd sind, dass sie den Strick verkaufen an die Revolutionäre, an dem sie anschließend aufgehängt werden. Das ist keine langfristige Politik, also seine *Deal-makerei*. Das ist sozusagen der eine Teil.

Das Zweite, wo er recht hat, er sagt, die Europäer haben im Grunde genommen 70 Jahre

Trittbrettfahrer gespielt. Wir haben die Sicherheit garantiert. Wir haben auch die höheren Ausgaben gehabt. Und insbesondere Deutschland, was ja kräftig war, hat gesagt, wir minimieren unseren Sicherheitsaufwand. Wir haben ja – ich sage mal die blöden – zu Amerikaner, die dafür zahlen und können also dann das Geld für innenpolitische Dinge ausgeben. Und dann sagt der, ich will aber, dass nicht die deutschen Arbeiter davon Vorteile haben, sondern ich bin ja von den amerikanischen Arbeitern gewählt. Ich muss also deren Arbeitsplätze, deren soziale Situation verbessern. Und dafür brauche ich das Geld, was wir bisher indirekt an Europa gezahlt werden.

Das heißt also, es ist klar, war aber auch schon vorher klar, dass die Amerikaner verlangen werden, dass Europa seine Möglichkeiten ausnutzt. Auch für die Sicherheit und da ist es doch auch die überhaupt nicht einzusehen, dass Europa – das mit 450 Millionen, wenn man die Engländer, Briten dazurechnen, sind wir bei über 500 Millionen – der größte Wirtschaftsblock der Erde nicht in der Lage ist, so viel auf die Beine zu stellen, nach einer gewissen Vorlaufzeit wie 330 Millionen Amerikaner. Das heißt wir haben uns viel kleiner gemacht, als wir waren, weil wir was sparen wollten. Das ist zu Ende.

Das zweite ist eben die Frage, wie geht es dann weiter? Erstes hat Trump gesagt, Europa muss sich konventionell selber verteidigen. Also der Abzug letztlich von amerikanischen Truppen aus Europa. Ja, das haben vor allem Militärs durchgesetzt. Europa muss mindestens die 300.000 Mann an mehr Soldaten aufbringen. Und dann kann man sich den deutschen Anteil mit 20-25 % ja ausrechnen.

So, der nächste Punkt ist, wir haben auch unter dem amerikanischen Atomschirm gelebt. Also die Abschreckung, die ja auch im Kalten Krieg dazu geführt hat, dass Frieden eingeführt wurde. Das ist zwar eine andere Art von Frieden, sozusagen: wir sind stark genug, dass der andere keine Chance hat anzugreifen. Und wenn er eingreift, kann er seine Ziele nicht er-



reichen. Ja, wo ist die europäische Atomstreitmacht? Also die Engländer und die Franzosen mit ihren Nuklearkapazitäten können das im Augenblick nicht. Man müsste das also in großem Stil ausbauen und dann auch europäisieren. Es ist ja eigentlich kein Schutz für England und Frankreich sein, sondern auch in Resteuropa. Das ist eine mittelfristige Aufgabe, und da wird man sagen können, auch ohne Deutsche wird das auch nicht gehen. So, das heißt also wir stehen vor einer völlig neuen außenpolitischen Situation.

Hinzu kommt, dass unsere Vorstellung, wir könnten so unsere Geschäfte in China machen, ja auch nicht mehr laufen. Die Chinesen haben gesagt, na ja, wir haben ja genug Transfer von *Know-how* von euch bekommen, wir sind in der Lage, das selber zu machen – siehe Autos – und ihr importiert in Zukunft nicht, weil die das anordnen, sondern weil die Käufer das so entscheiden: Nicht mehr Autos nach China, sondern wir kaufen die Autos von China in Deutschland. So und damit ist also auch das Wirtschafts- und Geschäftsmodell Deutschlands nicht mehr machbar.

Also nicht nur die Außenpolitik muss neu aufgestellt werden, sondern auch die Wirtschaftspolitik muss man neu aufgestellt. Hinzu kommt Demografie. Und dann noch Klimawandel. Also da ist eine ziemliche Agenda zu beachten, die – das ist ja der schwierige – gleichzeitig zu behandeln sind und auch miteinander verbunden sind. Einfache Lösungen, vor allen Dingen Lösungen, die nicht schmerzen, wird es nicht geben.

### **Uta Deckow**

Bleiben wir noch einmal bei den Rohstoffen der EU. Der Industriekommissar hat jetzt auch erklärt, ein mögliches Rohstoffabkommen zwischen der Ukraine und EU, das sei ja möglich und mit dem Satz versehen, der Wert würde dann darin bestehen, dass die EU niemals ein Abkommen verlangen werde, das nicht zum beiderseitigen Vorteil sei. Wie glauben Sie ...

29:28

### **Georg Milbradt**

Da muss man sehen. Also die Forderungen von Amerika waren im Grunde genommen kolonialistisch. Sie haben gesagt, obwohl sie nur 110 Milliarden bisher geleistet haben, sie wollten 500 Milliarden zurück. Und die sollten durch Rohstoffe abbezahlt werden. Und dann hat man rausgehört, man hat gesagt, auch die Infrastruktur soll sozusagen abgetreten werden. Also Eisenbahn und so weiter. Das macht man normalerweise mit einem besiegt Land. Jemand hat mal ausgerechnet die Forderung von Trump gegenüber der Ukraine waren wesentlich höher als die Reparationen, die die Westmächte und die Sowjetunion nach 1945 Deutschland auferlegt haben.

Also da haben die Ukrainer gesagt, das machen wir nicht. Die Ukrainer haben ja das Thema angefangen, haben gesagt, wie können wir die Amerikaner überzeugen, uns weiter zu helfen, unter Trump der immer Deals macht? Wir haben da was, wir können ja auch über die Rohstoffe reden, aber: Sicherheitsgarantien. So, Trump sagt, ich bin gern bereit, die Rohstoffe zu haben, da auch ein Monopol zu bekommen, damit die amerikanischen Firmen da mal ihre Gewinne machen. Aber die Sicherheit sollen die Europäer darstellen. Das ist natürlich ein Geschäft zu Lasten Dritter. Das wird nicht funktionieren. Und es gilt natürlich auch für Europa.

Europa hat sogar mehr als die Amerikaner den Ukrainern geben und werden es auch weitergeben. Da reden wir dann über noch größere Beträge, und dann reden wir noch über den Wiederaufbau. Wir soll denn bezahlen, wenn die Ukrainer praktisch aller ihrer eigenen Mitteln entblößt sind, heißt das, dass der Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg auch von Europa bezahlt wird. Weil die Amerikaner sozusagen den Rahmen schon abgeschöpft haben. Also das kann keine Lösung sein. Und deswegen bin ich sehr interessiert, wie denn die Lösung aussehen soll. Und Macron hat nicht von Frieden geredet. Sondern gesagt, ein Waffenstillstand könne er sich vorstellen, dass der

in Kürze da wäre. Aber ich möchte mal das Gesamtpaket sehen. Entweder ist es wieder die ursprüngliche Forderung von Trump: wir ziehen uns zurück, macht doch – Entschuldigung – euren Mist da alleine, Europäer. Es ist nicht unser Bier.

Womit wir in der gegenwärtigen Situation überfordert wären, denn wir brauchen nicht nur eben die militärischen Kapazitäten. Was ist zum Beispiel mit dem Star-Link-System von Elon Musk, dass die Ukraine nutzt für den Krieg? Und wenn man Musk sagt: Ja, ich bin ja jetzt der Buddy von Trump, wir stellen das System ab.

Wir brauchen die Geheimdienstberichte von den Amerikanern, um eben überhaupt die Situation einzuschätzen. Wir sind alleine blind. Ohne die Amerikaner wissen wir ja gar nicht, was passiert. Das heißt auch diese Dinge müssten geregelt werden, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Und bald werden wir sehen, wie weit Trump bereit ist zu gehen. Und wie lange es dauert, dass die amerikanische Bevölkerung aufwacht und merkt, was da gespielt wird. Denn eine solche Politik wird Amerika nicht größer, sondern kleiner machen, wenn sie alle Verbündeten auf der Welt verlieren. Und wenn jetzt ein Land der Dritten Welt sagt, naja, jetzt wollen wir uns mit den Amerikanern zusammenschließen. Im Zweifel werden wir verraten, also dann doch lieber sofort zu den Chinesen gehen.

### **Uta Deckow**

Die Frage, die sich mir gestellt hat, war, ob es Trump jetzt tatsächlich nur so darstellt, dass Selenskyj kurz davor stünde zu unterschreiben oder nicht. Ich habe jetzt bei Ihnen da eine gewisse Skepsis rausgehört. Fakt ist, da wollte ich gern auch noch mal nachfragen, wie denn eigentlich die Stellung des ukrainischen Präsidenten in der Ukraine aus ihrer Sicht gerade gesehen wird? Die Spannung zwischen USA und Selenskyj haben zugenommen, das haben wir gesehen. Aber im ukrainischen Parlament ist diese Woche eben auch eine Resolution Pro Selenskyj gescheitert, die ihn eigentlich unterstützen sollte. Da haben 54 Abgeordnete sich

nicht beteiligt. Können Sie einordnen, was da gerade geschieht? Schwächt das nicht eigentlich auch die Ukraine noch mal zusätzlich von innen?

### **Georg Milbradt**

Als zunächst einmal der erste Punkt. Ich habe bisher noch keinen Vertrag gesehen über den Rohstoffbereich. Die Verträge, die ich gesehen habe, sind völlig unakzeptabel. Politisch und moralisch und sind im Grunde genommen Fantasiegebilde von Trump. Vielleicht hat er seine Position verändert. Er ist ja auch sehr sprunghaft. Kann ja sein, dass er jetzt sagt, hier komme ich nicht weiter, ich muss Konzession machen. Es kann ja sein, dass eine vernünftige Situation herauskommt. Und auch die Europäer haben ja vor, und zwar im Interesse der Ukraine gesagt, wir müssen ja eure Rohstoffkapazitäten entwickeln, zum Beispiel grüne Energie, Photovoltaik und ähnliches können in großem Stil in der Ukraine stattfinden. Und das ist sozusagen das Element des Wiederaufbaus, eine stärkere Integration der ukrainischen Wirtschaft in die europäische und in die Weltwirtschaft, natürlich auch mit Amerika. Das setzt aber immer Frieden voraus, den kein Investor geht in ein Land, wenn er weiß, dass es vielleicht in den nächsten drei Jahren das zerbombt oder enteignet wird. Und das ist der eine Teil: Trump. Aber warten wir mal ab, was denn da drinsteht und ob das wirklich ein Friedensvertrag ist und wo die Garantien sind oder ob es nur ein Ausbeutungsvertrag ist. Es sind beide Möglichkeiten denkbar.

Jetzt zu Selenskyj. In der Ukraine gilt seit Sowjetzeiten eine etwas eigenartige Verfassung. Dort muss jeder Beschluss mit absoluter Mehrheit gefasst werden. Die Rada hat 450 Mitglieder, von denen ja schon wegen der Besetzung der Krim und des Donbass allenfalls so 420 gewählt wurden. Aber sie brauchen immer 226 Stimmen. Das heißt, es ist relativ einfach etwas zu blockieren. Denn jeder, der aufs Klo geht, ist eine Gegenstimme. Also wenn so der Bundestag abstimmen würde, wären die praktisch nicht regierungsfähig. Aber das steht dort in der Verfassung. In einer ersten Abstimmung

hat man diese 226 nicht bekommen. Der hat zwar eine Mehrheit gehabt, aber im Grunde genommen, weil die prorussischen Stimmen und vor allem die Mandate, die gar nicht gewählt würden, immer schon als Gegenstimme gelten. So, da hat man eine zweite Abstimmung gemacht. Die hat der Selenskyj gewonnen. Darüber ist er nicht berichtet worden.

Es ist klar, dass die proeuropäische Opposition, die innenpolitisch natürlich mit dem Selenskyj nicht immer übereinstimmend zum Beispiel Poroschenko, Timoschenko, eine Partei Holos, die Stimme – das ist so eine moderne europäische Partei – aber auch viele unabhängige Abgeordnete, das Parteiensystem ist noch mehr fragil als das deutsche. Es ist immer schwierig, überhaupt Stimmen für eine Mehrheit zusammenzubekommen. Das habe ich auch selber gemerkt für meine legislativen Vorschläge.

Aber die haben grundsätzlich gesagt, die Forderung nach Neuwahlen im Krieg lehnen wir alle ab. Darin war man sich einig und wir unterstützen natürlich den gewählten Präsidenten. Und in der ukrainischen Verfassung steht drin, dass so lange Kriegsrecht ist, keine Wahlen stattfinden und sich die Amtszeit verlängert. Im übersteht das auch im Grundgesetz.

### **Uta Deckow**

Im deutschen Grundgesetz.

### **Georg Milbradt**

Im deutschen Grundgesetz. Guckt man da rein, gibt es einen Extrakapitel: Verteidigungsfall. Und da steht genau das auch darin, dass während also Krieg ist, sozusagen alle Amtszeiten verlängert werden. In der Ukraine mit quasi 5 Millionen Binnenvertriebenen und jede Menge auch Vertreibungen nach außen stattfanden, wo Register nicht mehr existieren, wäre es auch unheimlich schwierig eine Wahl durchzuführen, die da nicht angefochten werden. Was Putin will, denn die Forderung kam von Putin, zu sagen, der Selenskyj ist nicht gewählt und wenn jetzt eine Neuwahl ist, fechte ich die Wahl an und sagt, es ist gar kein Ge-

sprächspartner, ich brauche nicht mit der Ukraine zu verhandeln. Das also ukrainische Propaganda ...

### **Uta Deckow**

Russische Propaganda.

### **Georg Milbradt**

Äh oder russische Propaganda und die Engländer oder die Briten haben ja dem Trump gesagt, auch Winston Churchill im Zweiten Weltkrieg hat nicht gewählt, sondern wurde erst gewählt nach dem Waffenstillstand, mit dem Ergebnis sogar, dass Churchill abgewählt worden ist. Es ist später wiedergekommen. Das ist natürlich möglich, aber es ist klar, dass man im Kriege das nicht macht. Und so eine Vorstellung kann man im Grunde genommen nur in Amerika entwickeln. Wo nur das Land selber, das Territorium, nie in einen Krieg einbezogen war, die Kriege wurden auf anderen Kontinenten geschlagen. Also das ist eine andere Situation, als wir sie in Europa haben. So, das zu diesem Thema Ukraine.

Die polnische Situation wird ja ständig gemessen durch unabhängige Befragungen, so wie das auch in Deutschland ist, unmittelbar nach seiner Wahl hatte und insbesondere nach Kriegsbeginn hatte Selenskyj eine Zustimmungsrate zwischen 80 und 90 %. Die ist gesunken auf 54-56 %. Besser als von Trump. Das dann Trump sagt, es sind 4 % ist natürlich eine glatte Lüge. Die Mehrheit der Bevölkerung sagt, natürlich im Krieg müssen wir uns natürlich um den Führer des Landes scharen und können doch nicht hier innenpolitisches kleinklein machen. Im Deutschen gibt es auch einen Ausdruck dafür: Burgfrieden. Wenn eine Burg belagert wurde, hat man die internen Schwierigkeiten in der Burg, in der Stadt erstmal zur Seite gelegt. Erst mal geht es um den gemeinsamen Feind.

Wie eine Neuwahl jetzt insbesondere des Parlaments aussehen würde, da könnte ich mir vorstellen, dass das Parlament anders aussehen würde als vorher. Weil auch die Sluharodu, das heißt die Selenskyj-Partei, bisher nicht kommunal verankert ist. Sondern im

Grunde genommen sowie Macron eine Idee ist und Macron mit seiner *République en Marche* hat es nicht geschafft, stabile Mehrheiten im französischen Parlament zu bekommen. Das heißt, da würden sich Veränderungen ergeben. Aber das hat jetzt mit dieser Frage, die im Augenblick hochgebracht wird, wer ist Verhandlungsfähig auf Seiten der Ukraine, nichts zu tun. Natürlich, wenn verhandelt würde, würde Selenskyj und die Regierung würden die Verhandlungen führen, niemand anders.

### Uta Deckow

Trotzdem sind es ja Argumente, die in Sachsen anscheinend sehr fruchten, wenn wir uns die AfD Wählerschaft anschauen, die Menschen anschauen, die für das BSW gestimmt haben. Man hört dann oft auch noch zusätzlich das Argument, man sollte das Geld doch lieber in Deutschland ausgeben und nicht für die Ukraine. Was entgegnen Sie?

### Georg Milbradt

Man guckt nicht über den Tellerrand hinaus. Die Frage, ist das ein Krieg, der uns nichts angeht, der irgendwo in Europa ist. Bei Goethe heißt es, „weit, in der Türkei, die Völker aufeinanderzuschlagen“, beim Osterspaziergang. Das ist aber deutsche Illusion. War das weit weg? Die Ukraine ist von Dresden aus gesehen, die ukrainische Grenze 850 Kilometer weg. Das ist also nicht sehr weit. Und was dort passiert, betrifft uns direkt. Es gibt Rechnungen, eines spezialisierten Instituts in Kiel, über die Folgekosten. Wenn die Ukraine fällt, rechnet man Minimum mit 10 Millionen weiteren Flüchtlingen. Wo werden die hingehen? Die werden nach Polen gehen, und die werden auch Deutschland gehen. Wenn ich allein die Flüchtlingskosten rechnen, ist die teure Lösung, die, wenn Putin gewinnt. Wenn Putin verliert, ist es nicht die teuerste Lösung, sondern die billigste Lösung. Vor allen Dingen, weil man dann in noch größerem Umfang Militär aufbauen will. Im Augenblick hat man ja auch das ukrainische Militär, was ja im Fall von einer Kapitulation wegfallen würde.

Das heißt also, die Situation ist eben nicht so, wie die Leute sich denken. Das ist weit weg,

und wir können hier also sozusagen die Maximierung des eigenen Nutzens machen. Ja, wir haben ja gerade das Problem, dass wir nach der Wiedervereinigung zu sehr auf uns selber geguckt haben und zu wenig gemerkt haben, was sich außerhalb Europas bewegt hat. Und das, was sich bewegt hatte, wurde mit einer – sagen wir mal – Brille gesehen, die nicht besonders gut war, sondern die auch teilweise aus kommunistischen Zeiten stammte.

Die Dinge haben sich geändert. Es ist 40 Jahre her, auch die Erfahrung, die man meint, mit den Sowjets und den Russen gemacht zu haben. Die in den 1970er oder 80er-Jahren ist nicht die Situation, die wir heute haben. Wir haben im Grunde genommen ein revanchistisches System in Moskau. Ein System, was Grenzen in Europa verändern will, was mit der Ordnung nicht zufrieden ist. Im Gegensatz zu den Kommunisten, die zumindest den Status quo akzeptiert haben.

Und wir haben ein kolonialistisches System. Es hat große Kolonialmächte gegeben, die nicht mehr existieren als Kolonialmächte, wie England, Frankreich, Spanien, Niederlande, Portugal. Das einzige Kolonialreich war es noch existiert, was in großem Stil fremde Völker auch noch weiter unterdrückt. das ist Russland. So, was wir im Augenblick sehen, auch mit der Ukraine ist Entkolonialisierung. Eben, dass sich die Völker eben von der Zentralmacht, von der Kolonialmacht, entfernt haben. Einige haben es geschafft, wie die baltischen Länder oder auch Finnland, das war früher auch russisch. Andere haben es nicht geschafft, da gehören die Ukrainer zu, und die haben eben im Augenblick das Problem.

Aber das ist die Situation, für der wir stehen. Und die ist etwas anders als die Vorstellung vieler Leute in Ostdeutschland, aber auch in Westdeutschland. Und ich würde alle nur empfehlen, fahren Sie in der dieses Land, redeten mit den Leuten, da werden Sie es merken. Und was die Ukraine angeht, die wollen selbständig sein, die wollen nicht Russen sein. Russland ist für die eben das, was sie gerade nicht wollen, sondern sie wollen Europäer sein. Sie wollen

eben wie die Polen, Slowaken, Tschechen diesen Weg gehen von Demokratie und Wohlstand und nicht von Diktatur, Erpressung und politischen Morden wie auf der anderen Seite.

41:34

### **Uta Deckow**

Sie haben kurz nach Ausbruch des Krieges noch gesagt, dass für Deutschland keine akute Gefahr bestehe. Sehen Sie das heute anders?

### **Georg Milbradt**

Es besteht keine Gefahr, wenn es zu einer Abschreckung kommt. Das heißt also, wenn Putin kein Gewinn darin sehen kann, Nato-Land anzugreifen. So, das setzt aber die Sicherheitsgarantien der von Amerika. Nehmen wir mal an, die Ukraine fällt, was passiert als Nächstes? Er wird in Moldau einmarschieren. Dann ist der Balkan offen. Rumänien, Bulgarien. Dann gibt es das Problem der Suwałki-Lücke, also das ist die kleine Landlücke zwischen Polen und Litauen. Was auf der einen Seite das Gebiet zwischen Kaliningrad, früher Königsberg und auf der Seite Weißrussland, Belarus hat. Das sind 67 km. In der Mitte soll mal eine Brigade von 5000 Mann deutsche Soldaten stehen. Im Augenblick sind dort hundert. So, wenn dort einfach ein paar Panzer durchbrechen, um die Verbindung zwischen Russland, Weißrussland und Kaliningrad zu machen. Das wäre in der bisherigen Situation ein Kriegsfall gewesen und wird er nicht machen, der Putin. Wenn aber die Amerikaner sagen, uns interessiert das alles nicht, Europäer macht da selber, obwohl wir gar nicht die Fähigkeiten haben...

### **Uta Deckow**

Das ist die Nato-Bündnisfrage.

### **Georg Milbradt**

So, oder Riga dasselbe. Die Konsequenz haben die Balken und die Skandinavier schon gezogen. Die Polen streben eine Armee an, einschließlich Heimatschutz von rund 300.000 Mann. Polen hat noch nicht mal die Hälfte der Bevölkerung von Deutschland. Will man das also auf deutsche Verhältnisse umrechnen, streben die sozialen Kräfte von 600.000 bis 700.000 Mann. Wir haben 170. So, die haben

es begriffen. Und die Vorstellung, dass die Polen uns verteidigen und wir hier sozusagen hier bequem in der zwei Linie sind, das glaube ich nicht, dass das funktionieren wird. Und selbst die weiter weg liegenden Länder, wie Großbritannien und Frankreich haben es ja begriffen. Das heißt also die um uns herum merken die Zeitenwende. Wir wollen sie nicht wahrhaben, weil sie eben bedeutet, wir müssen aus der Komfortzone heraus. Und das ist das eigentliche Problem.

### **Uta Deckow**

Der Bundeskanzler hatte er vor drei Jahren eine Zeitenwende ausgerufen. Die Bundesregierung hat sich dann dafür gelobt, das Zwei-Prozent-Ziel der Nato-Länder 2024 endlich geschafft zu haben. Wenn ich Sie richtig höre, ist die Bundeswehr weit davon entfernt, ausreichend ausgestattet zu und aufgestellt zu sein.

### **Georg Milbradt**

Das Zwei-Prozent-Ziel wurde 2014 gesetzt und mit Ach und Krach 2024 erreicht durch dieses Sondervermögen. Der eigentliche normale Etat wurde aber weiter in Relation zu dem Gesamtetat gekürzt. Im normalen Etat sind im Wesentlichen nur noch die Personalkosten drin. Und die Situation hat sich verändert und die zwei Prozent, die waren vielleicht 2014 richtig, da haben wir sie nicht erfüllt. Aber die neue Zielzahl wird wahrscheinlich bei drei-einhalb und ähnliches sein. Der Nato-Generalsekretär hat gesagt, nördlich von drei Prozent, also oberhalb von drei Prozent. Es kommt jetzt nicht darauf an, wie viel das im Einzelnen ist. Ein Prozent des Bruttonettoprodukts ist ungefähr 40 Milliarden sind, zwei sind 80 Milliarden, drei sind 120 Milliarden, drei-einhalb sind 140 Milliarden. Gegenüber von einem normalen Etat von 50 Milliarden. Das ist die Aufgabe in Deutschland.

Aber du musst sagen, was bedeutet das denn, was müssen wir machen? Ja, nach wie vor hat die Bundeswehr vielleicht für zwei Tage Munition. Wir haben kaum noch Panzer, wir haben vielleicht 170 fahrende Panzer. Allein die Amerikaner haben 300, wie die sagen *combat ready*, also kampfbereit in Europa. Wir haben

keine Luftverteidigung. Die haben wir 2011 abgeschafft. Also wie können die Zivilbevölkerung gegen Raketen, Bomben, Drohnen geschützt wird? Haben wir nicht, müssten wir aufbauen. Und so geht es weiter und fort. Und weil eben so viel nicht gemacht worden ist, über 30 Jahre und gespart worden ist, wird natürlich am Anfang ein ziemlicher Aufwand sein.

Auf der anderen Seite ist die Kapazität in Europa auch begrenzt. Wir haben wir gar nicht mehr die Verteidigungsindustrie, Waffenindustrie, um das also her zu stellen. Das heißt, es wird sicherlich ein Verfahren, ein Prozess sein, der sicherlich 10-15-20 Jahre dauern wird, bis man alles erfüllt hat. Das wird nicht am ersten Tag gehen. Aber irgendwann muss man den ersten Schritt machen. Und das war ja das Problem der Ampel. Sie haben gesagt, na ja, wir haben das Sondervermögen. Das hat uns erstmal sozusagen über die ersten Jahre gebracht. Aber es war keine langfristige Lösung. Weil man sich über die Prioritäten des Staatshaushalts nicht geeinigt hatte. Und weil es natürlich auch nach wie vor insbesondere in der SPD Kräfte gab, die sich Illusionen über die weitere Russlandpolitik gemacht habe. Das ist aber jetzt vorbei. Und insbesondere durch Trump sind wir jetzt also wirklich in eine Situation bekommen, wo wir es begreifen müssen.

#### **Uta Deckow**

Wie optimistisch sind Sie, dass das die neue Bundesregierung, also Friedrich Merz, die SPD, die sich jetzt ja neu aufstellen muss, verstanden hat?

#### **Georg Milbradt**

Ja, wenn sie es nicht machen, haben wir ein Problem. Oder hat Europa ein Problem. Dann glaube ich nicht mehr in Europa. Dann sind wir auf einer schiefen Ebene und dann ist das Ergebnis absehbar. Wir werden ein russisches Protektorat werden und werden nicht mehr in der Weltgeschichte mitspielen. Hat es öfter gegeben, dass Völker dann auch in die Bedeutungslosigkeit geschrumpft sind. Und das gilt nicht für Deutschland, das gilt für Europa allgemein.

Das ist das nächste Problem, auch was die Ampel nicht gemacht hatte. Alle diese Lösungen setzen voraus, nicht nur dass Deutschland was will, und bereit ist was zu tun, sondern dass Europa was will. Und das ist nicht so einfach, weil wir da ja oft Einstimmigkeit haben. Die Europa-politik hat in den letzten drei Jahren überhaupt keine Rolle gespielt oder wir haben, nachdem wir also den Kraftakt mit dem Sondervermögen gemacht haben, uns auf die Innenpolitik konzentriert, wieder. Und wenn man sagt, der Wahlkampf und auch die sogenannten Erfolge der Ampel sind alle innenpolitisch.

Die Außenpolitik hat keine Rolle gespielt. Ich habe es in einem anderen Interview gesagt, im Englischen gibt es einen Ausdruck, der Elefant im Raum, über denen man nicht spricht, der aber da ist und das eigentliche Problem darstellt. Ich hatte den Eindruck bei dem Wahlkampf, den wir jetzt gerade hinter uns gebracht haben, hat alles eine große Rolle gespielt, nur nicht Sicherheit und nur nicht Außenpolitik. Und dieser Elefant im Raum, das war Russland, über den ist aber nicht gesprochen wurden. Es geht jetzt nicht weiter. Und die neue Regierung, also Merz natürlich als derjenige, der dann vorne steht, aber genauso die SPD werden sich daran messen lassen, ob sie jetzt bereit sind, die Realität anzuerkennen. Oder ob man weiter Schönwettersegeln macht. Aber beim Segeln ist es so, Schönwettersegeln kann jeder. Den erfahrenen Kapitän merkt man erst bei Schlechtwetter.

\*Musik\*

#### **Georg Milbradt**

Wer nicht wagt, der kann auch nicht gewinnen. Ich habe das nicht bereut. Gute Politik ist nur eine, die langfristig gut ist. Nicht die, die kurzfristige Strohfeuer produziert. Das ist im Grunde genommen vergossene Milch. Ich bin ein freier Mensch geworden.

\*Musik\*

#### **Uta Deckow**

Wir machen jetzt einen harten *Break* hin zur Vergangenheit in diesem Gespräch, das wir ja



hier im MDR Landesfunkhaus in Dresden aufzeichnen. Auch dieses Landesfunkhaus hat ja was mit Ihnen und Ihrem Wirken als Finanzminister in Sachsen zu tun. Was?

### **Georg Milbradt**

Ja, all das war hier ursprünglich Militärgelände, dann war es an die Sowjets zur Nutzung gefallen. Und wir haben 1991 ein Angebot von der Bundesregierung bekommen. Es war ja alles vorher Reichsbesitz, dass sie bereit wären, die russisch genutzten Liegenschaften uns zu schenken, im Gegenzug aber versprechen mussten, sie zu sanieren. Und die meisten ostdeutschen Länder haben dies Angebot dankend abgelehnt. Ich habe es damals angenommen, weil ich gedacht habe, es gibt schöne Grundstücke, die auch was wert sind. Dazu gehörte dieses Grundstück in Dresden. Dazu gehörten auch Grundstücke in Leipzig, in der zum Beispiel da die Automobilindustrie angesiedelt worden war.

Wir haben also die Chancen gesehen und sind das Risiko eingegangen und haben dann die russischen Liegenschaften ansonsten wie zum Beispiel Königsbrück und so weiter sanieren können. Und ich glaube, dass der Saldo positiv gewesen ist. Aber das war der erste Schritt und dann aber geguckt, wo ist ein Käufer und der neugegründete MDR suchte nach einem geeigneten Gebäude und hat das hier gefunden.

### **Uta Deckow**

Sie haben nach der Wende als Finanzminister angefangen. In Sachsen, da gab es eine ganze Reihe von Beinamen für sie. Georg, der Geizige, daran erinnere ich mich. Der eiserne Kanzler. Sie selbst haben mal gesagt, als Finanzminister müsse man Hornhaut um die Seele haben. Als Ministerpräsident, später dann noch mehr?

### **Georg Milbradt**

Nein, da hat man immer einen Finanzminister, auf den man eigenes schieben kann, also im Doppelpack. Nicht *bad guy* – *good guy*, wie in den amerikanischen Krimis, mit einem guten Polizisten und einem weniger guten. Natürlich

muss man gerade in einer Aufbausituation darauf achten, dass die Politik, die man antritt, auch – wie es so schön heute heißt – nachhaltig ist, also auch durchgehalten werden kann. Also kurzfristige Strohfeuer bringen nichts.

Und deswegen hatte ich mir immer vorgenommen, sozusagen die Zukunft im Auge zu haben. Und zwar nicht die Zukunft bis zur nächsten Wahlperiode, sondern 20-30 Jahre. Das, dass die Politik uns tragen würde. Und das hat ja auch mehr oder minder geholfen und getragen. Wobei ich ja nicht nur da beteiligt war, als Finanzminister, da gehören zum Beispiel auch Schommer als Wirtschaftsminister, Biedenkopf selber auch. Also das war ja eine breite Übereinstimmung der Ziele und der Mittel.

Das glaube ich, ist auch heute notwendig. Also gute Politik ist nur eine, die langfristig gut ist. Nicht, die kurzfristige Strohfeuer produziert. Und leider auch durch die immer größere Hektik in der Publizistik, den neuen Medien, spielen eben die kurzfristigen Dinge eine immer größere Rolle zulasten der langfristigen. Aber wie gesagt, kurzfristig kann man alles produzieren, Strohfeuer, nur bringt das einem nichts. Und das ist auch jetzt ein Weckruf an die Politik auf Berliner Ebene, eben nicht nur über die nächsten zwei, drei Jahre und über Geschenkpakete zu Weihnachten, politische Geschenkpakete nachzudenken, sondern auch darüber, wie stabilisiert sich nur unser Land, damit es auch in 30-40 Jahren existiert, wohlhabend ist und auch für seine Bürger die entsprechenden Dienstleistungen bis hin, also Gesundheit, Rente und so weiter zur Verfügung stellen kann.

51:18

### **Uta Deckow**

Sie haben damals die Weichen dafür gelegt, dass Sachsen heute das Bundesland ist mit den geringsten Schulden. Diese Finanzpolitik geht ja maßgeblich auf sie zurück. Es ist wahnsinnig viel geschehen in der Zeit nach der Wende auch. Aber dann – wir erinnern uns an die Flut. Wenn Sie jetzt zurückschauen, was war die herausforderndste Zeit?

### **Georg Milbradt**

Also im Grunde genommen die ersten fünf Jahre, weil das der Wiederaufbau der Strukturen war. Das war ja über einen längeren Zeitpunkt geeignete Strukturen zu bekommen. Das heißt also, das Land so aufzustellen, dass es für Leute, die hier wirtschaftlich tätig werden wollten, ob sie in den Osten als eigenes Land kamen, also aus eigenem Bundesland oder ob sie aus Deutschland oder aus anderen Ländern kamen. Ich glaube, das ist gelungen.

Das wir die Chipindustrie in Dresden habe, ist darauf zurückzuführen, dass wir etwas gemacht haben, was damals keiner geglaubt hat. Die Treuhand wollte die Mikroelektronik schließen, und wir haben sie als Land übernommen und haben sie zwei Jahre durchfinanziert, mit großen Verlusten, weil wir gedacht haben, wenn die Spezialisten erst mal in aller Herren Ländern sich verstreut haben, nach einer Schließung, die kriegen wir hier nicht mehr zusammen. Dann kam Siemens, was heute Infineon ist, als Erstes. Und dann kamen die weiteren.

Man sieht es ja bis heute zieht das, weil eben Dresden eins der Zentren für in der Welt, und das bedeutet sie in Europa ist. Man kommt, wenn man jetzt an neue Dinge in dem Bereich denkt, kommt man erst mal auf Dresden. Und erst wenn Dresden keine Flächen mehr anzubieten hat oder keine Arbeitskräfte, dann kommt man darauf, möglicherweise auch andere Standorte in Deutschland und in Europa zu machen. Das war das eine Gute.

Das Zweite war, dass es gelungen ist durch die Kooperation, die schon vor der Wende zwischen dem Sachsenwerk und VW gegeben hat, zunächst einmal neue Ansiedlung, Umstrukturierung in Zwickau mit VW zu bekommen. Was dann auch dazu geführt hat, dass andere gekommen sind. Also zum Beispiel in Leipzig, wo sich auch rundum die Autobahn da etwas entwickelt hat, mit BMW, mit Porsche und Ähnliches.

Und in der Automobilindustrie ist es so, wenn sie also die großen Flaggschiffe haben, dann

kommen die anderen nach, nämlich die Zulieferer. Denn ein großer Teil der Automobilproduktion findet ja gar nicht bei den großen statt, sondern bei den Kleinen. Und man hat einen Mittelstand entwickelt. Das war also richtig im Bereich Biologie, Chemie ist es auch gelungen. Da ist es nicht so spektakulär. Also da ist einiges geschehen. Nur, die Entscheidung, die 1990 getroffen wurden, waren zur Zeit richtig, für die damaligen Bedingungen und Kenntnissen.

Aber die Welt ändert sich. Zum Beispiel, wie ist das in Zukunft mit der Automobilindustrie in Sachsen? Ich glaube nicht mehr, dass sie der große Treiber sein wird, weil die Automobilindustrie insgesamt in Deutschland, Europa nicht nur mit E-Autos, sondern auch mit anderen Vorstellungen über Mobilität ihren Höhepunkt erreicht hat oder überschritten hat. Wir werden also auch gucken, wie wir das hinbekommen. Und das hat einen gewissen Zusammenhang mit dem Vorhergehenden, also gerade was im Transportbereich ist. Das habe ich in Görlitz gesehen. Diese Werke lassen sich auch relativ schnell umrüsten Richtung Wehrtechnik. Das heißt möglicherweise werden also ein Teil der Bereiche, die Metallbereich, Automobilbereich, die jetzt in Zukunft aufgrund der Marktsituation nicht mehr gebraucht werden, dann für neue Touren gebraucht. Also da sehe ich schon Möglichkeiten.

### **Uta Deckow**

Muss man das dann nicht der Bevölkerung auch ganz klar so sagen, gerade bei dem Bereich Rüstungsindustrie? Selbst wenn man die 100 Milliarden sieht? Momentan ist es so, dass wir große Rüstungsindustrie-Unternehmen in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen haben. Und in Sachsen war es ja tatsächlich so, dass es einen Widerstand in der Bevölkerung gibt, wenn Rüstungsindustrie sich möglicherweise hier ansiedeln will. Wir verzichten bei diesem Widerstand dann auch auf eine Wohlstandsentwicklung?

### **Georg Milbradt**

Ja, zumindest eine Wirtschaftsentwicklung, die die nächsten Jahre trägt. Das ist jetzt nicht das

Prinzip, also den Wohlstand in Sachsen auf Dauer zu sichern, aber gerade die Transformation in dem Automobilbereich hinzubekommen. Wehrtechnik war ja nicht nur in Sachsen unpopulär, in Westdeutschland auch. Rheinmetall hat versucht, in der Nähe von Siegburg, das ist in der Nähe von Bonn, was zu bauen. Da hat der Bürgermeister gesagt, wollen wir nicht gut. Das war in der Nähe von Bonn, die hatten es auch nicht nötig. Aber in Sachsen wurde ja auch angefragt. Hat man auch so gesagt, wir wollen das nicht.

Ich glaube, dass sich das ändern wird. Man sieht es ja in Görlitz, wo die Gewerkschaften noch mitgemacht haben. Ich glaube, da wird sich eine gewisse Änderung ergeben. Und wenn eben in dem Umfang, wie ich das jetzt sage, nicht nur auf deutscher Ebene, sondern auf europäischer Ebene die Verteidigungsausgaben, insbesondere im Bereich Material steigen, dann wird Deutschland das Zentrum sein. Denn Deutschland ist das Land in Europa, was am meisten industrialisiert ist. Also wenn wird das in Deutschland stattfinden. Das wird nicht in Griechenland stattfinden oder in Finnland. Und deswegen müssen wir natürlich nicht nur sagen, wir müssen mehr Geld fürs Militär ausgeben, sondern wir müssen auch die Möglichkeit schaffen, dass dieses Geld dann in Deutschland ausgegeben wird und nicht nur nach Amerika geht und dann eben dem Trump- Motto *make America great again* – also mach Amerika wieder groß – zu dienen. Das ist nicht meine Vorstellung, sondern wenn diese Ausgaben notwendig sind, ich halte sie für notwendig, sollten wir sie auch selber machen, um die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze im Inland zu erhalten.

### **Uta Deckow**

Sie hatten jetzt zwei Beispiele angesprochen, wo sie auch ins Risiko gegangen sind, durchaus nach der Wende, für Sachsen, mit der damaligen Regierung 1991/92 hatten sie entschieden, eine eigene Landesbank zu gründen in Sachsen. Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie mal gesagt, dass sie eigentlich eine Landesbank für Ostdeutschland gerne wollten. Da haben

die anderen Länder nicht mitgespielt. Die Geschäfte der Landesbank haben dann viel später 2008 zu ihrem Rücktritt geführt. Würden Sie trotzdem sagen, die Entscheidung Anfang der 1990er-Jahre war definitiv richtig?

### **Georg Milbradt**

Ja, man musste ja weiterkommen und zum Beispiel die Ansiedlung im Bereich Leipzigs, aber auch zum Beispiel die ganzen Transaktionen im Zusammenhang mit den alten sowjetischen Militärgeländen wurden ja über die Landesbank abgewickelt. Das ist ja weitgehend nicht bekannt. Da habe ich mir das Instrument, um eben an die Flächen zu kommen, und die Flächen dienten anschließend zur Wirtschaftsentwicklung. Dass die Landesbanken in die allgemeine Schule gekommen ist, in alle Landesbanken gekommen sind, nur weil sie kleinste und jüngste waren, natürlich besonders. Es hat mich sehr geärgert. Natürlich war ich im Jahr – das ist ja im Jahre 2007 passiert, 2008 – weil ich im Jahre 2005 die Landesbank verkaufen wollte, an die damalige Bank in Nordrhein-Westfalen. Die Westdeutsche Landesbank, die es auch nicht mehr gibt.

Leider ist es damals nicht gelungen, auch die politischen Mehrheiten hinzukommen, das zu bekommen. Mir war nicht klar, ich war ja damals sechs Jahre nicht mehr in den Gremien der Bank, hatte mich auch von davon getrennt, in welchem Zustand sie waren, weil bestimmte Geschäfte ursprünglich ausgeschlossen waren. Aber das ist wohl eine Norm vergossene Milch. Worum ich mich noch bemüht habe, was gelungen ist, dass die Auswirkungen dieser Pleite nicht die Gemeinden getroffen haben. Denn zu dem Zeitpunkt als die sächsische Landesbank in Schieflage war, war die Mehrheit der Anteile bei den Sparkassen. Und durch die Verhandlungen, die ich geführt habe, sind die Sparkassen und die Gemeinden oder Blessuren herausgekommen. Und der Aufwand hat sich insgesamt in Grenzen gehalten. Wo ich aber die ganzen Jahre zusammenrechne, glaube ich immer noch, dass ein positiver Saldo da ist, aber passiert. Und wenn man ins Risiko geht, kann

man auch mal daneben liegen. Aber wer nicht wagt, der kann auch nicht gewinnen.

### **Uta Deckow**

Wenn Sie heute zurückblicken, in wieviel Fällen – sie haben mal gesagt, irgendwann, alle Politiker machen Fehler – wieviel Prozent waren richtig, wieviel Prozent waren falsch?

### **Georg Milbradt**

Also ich habe mir immer gesagt, wenn man einen 80 % oder 75 % richtige Entscheidungen trifft und die anderen Fehler, dann hat man eine gute Entscheidung getroffen oder ein gutes Ergebnis erzielt. Ich glaube, das gilt immer noch so. Wenn man eben alle Risiken vermeiden will, dann wird das nichts. Auf der anderen Seite darf man noch nicht Spekulant sein und alles Geld verspielen. Das geht auch nicht. Aber man muss schon in der Lage sein, gezielt etwas einzusetzen. Und wir haben eben die Schuldenpolitik genannt. Dadurch, dass wir wenig Schulden hatten, hatten wir auch einen Puffer, um etwas auszugleichen. Nicht, um es dort laufend auszugeben, das war ja nicht der Sinn, aber als Puffer.

Und das hat sich ja hier sehr gut gezeigt, als es die großen Probleme gab, zum Beispiel mit der Flut, aber auch später mit Corona. Wir waren alle in der Lage, relativ schnell auf die Reserven, die wir gelegt hatten, zurückzugreifen, so dass wir also die Diskussion, wer kann das bezahlen, garnicht gehabt hatten, wir konnten es bezahlen, weil wir eben darauf vorbereitet waren. Wenn man aber alles ausgegeben hat und keine Reserven hat, dann ist man dann in einer schwierigen Situation, wie im Privaten auch.

1:00:10

### **Uta Deckow**

Ich habe mich damals bei ihrem Rücktritt gefragt, aber auch vorher schon bei Kurt Biedenkopf, stürzen Politiker oder gehen Politiker dann tatsächlich über Affären? Oder ist nicht viel entscheidender, dass man den Rückhalt in der eigenen Partei nicht mehr so hat?

Es gilt alles. Eine große Rolle spielt auch die Publizistik. Es werden ja Medienkampagnen gemacht, und manchmal kann man sich da nicht erwehren. Und es gibt ja Dinge, wo Politiker durchgehalten haben, durchhalten auch konnten und wo es dann nicht gelang. Ich denke nur an Koch in Hessen, der mehrere solche Dinge überdauert hat und dann später, unter ganz anderen Umständen zurückgetreten ist. Und das einem Jüngeren überlassen hat. Aber das gilt auch für Sachsen. Man ist eben nur in der Lage, eine bestimmte Masse von öffentlicher Kampagne auszuhalten oder bereit ist auszahlen. Und es war irgendwann mal für mich die Phase erreicht, wo ich gesagt habe, ich tue mir das nicht mehr an. Da spielt natürlich auch eine Rolle, dass in einer solchen Situation man auch in seinem engeren Umfeld merkt, ob man wirkliche Freunde hat, die zu einem halten oder Leute nur zu einem gekommen sind, weil man irgendwelche Posten von dem erhofft hatte.

### **Uta Deckow**

Sie wollen, das haben sie immer gesagt, sich nicht zur aktuellen Landespolitik in Sachsen äußern. Sie leben immer noch in Dresden, in Pappritz. Wenn Sie sich was wünschen dürfen für den Freistaat, wäre das was, so nachträglich zum Geburtstag?

### **Georg Milbradt**

Also wir müssen die Strukturveränderungen, die sich aufgrund veränderter Wirtschaftslage, also Automobilindustrie, aber auch auf der politischen Ebene, Sicherheitsprobleme, lösen. Und ich hoffe, dass das gelingt. Das setzt natürlich nicht nur einen entsprechenden Willen in Sachsen voraus, sondern in Deutschland auch. Denn wir sind also eingebunden in die Politik der Bundesregierung. Ich möchte eben, dass dieses Land, jetzt meine ich nicht nur Sachsen, sondern auch Deutschland und damit Europa, eben auch noch in 30 oder 40 Jahren als ein wichtiges Element in der Weltpolitik existiert, wo wir in der Lage sind, über uns selber zu bestimmen. Dass wir Politik machen, wie wir sie wollen, unsere eigenen Werte reali-

sieren können und damit auch unsere Vorstellung von Demokratie, Toleranz und ähnliches. Und nicht eben abhängig sein von Dritten außerhalb unseres Kontinents.

### **Uta Deckow**

Ich habe gesagt, Sie leben noch in Pappritz. Würden Sie sagen Sachsen ist ihre Heimat?

### **Georg Milbradt**

Ja, wenn ich mal gucke, in den 80 Jahren, wo bin ich, in welchem Ort oder in welchem Teil Deutschland bin ich am längsten gewesen, ist es natürlich mit Abstand Sachsen gewesen. Übrigens, was die wenigsten wissen, ich wäre möglicherweise auch in Dresden geboren worden, weil meine Mutter hochschwanger kurz vor dem Angriff auf Dresden in Dresden als Flüchtling untergekommen war. Und Gottseidank zwei Tage vor dem Angriff weitergezogen ist. Ich habe später mal mit meiner Mutter versucht, das Haus, in dem sie damals gelebt hat, in der Innenstadt, in der Altstadt wiederzufinden. Das war natürlich nicht mehr da. Es war alles zerstört worden, und das wäre sozusagen die andere Alternative gewesen.

So bin ich eben nicht in Dresden geboren, sondern woanders. Aber mich verbindet damit etwas, und ich habe auch Verwandtschaft in Sachsen gehabt und habe sie immer noch. Insofern ist das Land nicht also völlig fremd gewesen. War auch zwar nicht in Sachsen, aber in Thüringen, vor der Wende häufig, weil ich da auch Verwandtschaft hatte. Das heißt also, im Gegensatz zu vielen Westdeutschen kannte ich die alte DDR, und es war mir also durchaus bewusst, wie die Situation dort war. Möglicherweise hat das auch dazu beigetragen, dass ich sehr schnell bereit war, dann auch 1990 zu kommen und eben, was die wenigsten bereit waren zu tun, mit Familie, mit Verkauf von Haus und Grund, in Westdeutschland und Neuansiedlung her. Ich habe das nicht bereut.

### **Uta Deckow**

Es ließe sich noch ganz viel erzählen. Aber Ruhestand kann man ihr Leben auch mit 80 wirklich nicht nennen. Was genießen Sie heute daran? An diesem Unruhestand aber vor allen

Dingen vielleicht auch daran, nicht mehr in Verantwortung zu sein?

### **Georg Milbradt**

Ich bin ein freier Mensch geworden. Wenn sie in einem Amt sind, politischen Amt, dann sind sie auch diesen Zwängen ausgesetzt. Man muss also sich besonders vorsehen, wie man sich ausdrückt. Man lügt nicht. Das habe ich versucht zu vermeiden. Aber man sagt auch nicht alles, um auf diese Art und Weise über die Runden zu kommen. Das brauche ich jetzt nicht mehr. Ich kann sagen, was ich meine, und ich bin in einem Zustand, wo ich sagen kann, ich kann auch aufhören, ich bin nicht in irgendeiner Form abhängig. Und wenn mich jemand nicht mehr haben will, nehmen wir jetzt meinen Job da in der Ukraine, dann ist das eine Entscheidung, die ich hinnehme. Muss ich ja auch. Aber mit der ich auch leben kann. Also, dann suche ich mir etwas anders. Oder ich habe eben ein bequemes Leben. Und mit 80 Jahren geht es ja auch irgendwann mal dem Ende zu. Man muss dann auch sehen, dass man also Dinge ordnet. Das steht mir noch alles bevor.

### **Uta Deckow**

Wir wünschen Ihnen viel Gesundheit und noch weiter viel Kraft. Wir hatten jetzt nicht den Eindruck, dass sie so bald in den ruhigeren Ruhestand übergehen wollen. Vielen Dank, Georg Milbradt für dieses Gespräch.

### **Georg Milbradt**

Danke auch.

- Beginn Einspieler -

### **Lisa**

*Und wenn du noch nicht genug von Podcasts hast, dann hör doch mal bei uns rein. Wir sind Lisa und Mattis vom News-Podcast 0630. Und da sprechen der Montag bis Freitag über die wichtigsten Nachrichten.*

### **Matthis**

*Und das, wie der Name sagt, morgens um 06:30 Uhr, pünktlich für euch beim Aufstehen,*

*im Bad oder auf dem Weg zur Uni oder zur Arbeit in ungefähr 20 Minuten, damit ihr informiert in den Tag starten könnt.*

**Lisa**

*Wichtig ist sonst dabei, wir reden ganz normal wie Menschen darüber. Also ohne Nachrichtenfloskeln oder kompliziertes Drumherum.*

**Matthis**

*Und wir sprechen nicht nur miteinander, sondern wir wollen auch eure Meinungen hören. Per Sprachnachricht aus der Community.*

**Sprachnachricht (1)**

*Hallo liebes 0630 Team, ihr habt gefragt, ob sich unser Leben verändert hat oder unsere Gewohnheiten verändert haben mit Hinblick auf die Klimaerwärmung. Ich kaufe kein Fleisch mehr.*

**Lisa**

*Für den Podcast stehen wir sehr früh morgens im Studio, gucken was in Deutschland und der Welt passiert, und nehmen dabei auch eure Themen mit.*

**Sprachnachricht (2)**

*Ich würde gern einmal anregen, dass Sie über den Streik des Krankenhauspersonals berichten.*

**Matthis**

*Hört doch gerne auch mal rein: 0630 in der ARD Audiothek und überall, wo es Podcasts gibt.*

- Ende Einspieler -

Diese Transkription ist ein Service der MDR Redaktion Barrierefreiheit. Mehr barrierefreie Angebote finden Sie hier: <https://www.mdr.de/barrierefreiheit/index.html>